

Die Christlich-soziale Partei für das Land Salzburg 1918–1934

Von Ernst Hanisch

1. Einige notwendige theoretische Vorüberlegungen

Die Demokratiemodelle von Arend Lijphart haben sich als fruchtbare theoretische Hilfestellung für die regionale Zeitgeschichte erwiesen¹. Für Salzburg läßt sich das Konsensmodell, verkürzt gesagt: ein Kompromißverhalten der Parteiliten bei einer stark fragmentierten Basis, mit klar akzentuierten Lagerbindungen, eindeutig nachweisen². Über das Verhalten der Parteispitzen sind wir einigermaßen informiert. Weniger klar ist die Struktur, die Mentalität, die Dichte der Innen- und Außenbeziehungen der jeweiligen Lager an der Basis³.

Allerdings sollte man das Konsensmodell nicht überziehen. Auch in Salzburg existierten Versuche, die stabile Achse der christlichsozialen-sozialdemokratischen Beziehungen in Richtung Bürgerblock zu verschieben. Zunächst in der Heimwehr, die aus einer Koalition von Christlich-sozialen, Landbund, Nationalsozialisten und Großdeutschen entstand; dann in den Versuchen ab 1921, eine technische Nothilfe aufzubauen, um der Sozialdemokratie die Streikwaffe aus der Hand zu schlagen⁴; in der Antisemitismus-Bewegung um 1921⁵ und – als Höhepunkt – die christlich-nationale Wahlgemeinschaft bei den Landtagswahlen von 1922. Diese Ansätze zur Bildung eines Bürgerblocks aller nichtsozialdemokratischen Parteien häuften sich in den Jahren von 1920 bis 1922; sie können als Versuch interpretiert werden, die Entwicklung auf Bundesebene im Lande nachzuvollziehen. Allerdings scheiterte dieser Versuch. Vor allem mit Landeshauptmann Franz Rehr, ab 1922, kam ein entschiedener Konsenspolitiker an die Macht, der sehr bewußt auf die christlichsozial-sozialdemokratische Achse setzte⁶. Auf der anderen Seite bot die Kulturfrage

1 *Arend Lijphart*, *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*, New Haven – London 1977; wichtig auch: *Kurt Tweraser*, *Der Linzer Gemeinderat 1914–1934. Krise der parlamentarischen Demokratie*, in: *Historisches Jahrbuch der Stadt Linz*, 1980, 199–274.

2 *Ernst Hanisch*, *Salzburg*, in: *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, 2. Bd., Graz 1983, 903–937.

3 Vgl. den ersten Versuch: *Ernst Hanisch*, *St. Peter in der Zwischenkriegszeit 1919–1938: Politische Kultur in einer fragmentierten Gesellschaft*, in: *Festschrift St. Peter zu Salzburg 582–1982*, Salzburg 1982, 361–382.

4 *Salzburger Chronik*, 18. 1. 1921.

5 Vgl. *Günter Fellner*, *Antisemitismus in Salzburg 1918–1938*, Wien – Salzburg 1979, 128ff.

6 Über ihn vgl. Franz Rehr, *Landeshauptmann von Salzburg 1922–1938*, hg. von *Wolfgang Huber*, Salzburg 1975.

eine Koalitionsmöglichkeit der klassischen antiklerikalen Parteien. So beim Halleiner Kirchenstreit 1921⁷, so bei den Lehrerwahlen für den Landesschulrat, wo jeweils eine gemeinsame sozialdemokratisch-großdeutsche Liste kandidierte⁸. Die Schulfrage als permanenter Streitpunkt belebte diese Front stets aufs neue.

Das Konsensmodell geht von der Annahme aus, daß wegen der stark fragmentierten Basis, der „Versäulung“, die Kooperation der Eliten notwendig sei, um ein stabiles politisches System zu sichern. Anders formuliert: Die Konfliktbereitschaft an der Basis sei wesentlich größer als bei den politischen Eliten. Damit steht die Strukturierung der Basis zur Diskussion.

Modellhaft lassen sich politische Parteien so darstellen:

Politische Partei

Parteielite
Parteiaktivisten
Parteimitglieder
Wähler

Nach *Wolfgang C. Müller*, Politische Kultur und Parteientransformation in Österreich, ÖZPW 13 (1984), S. 54.

Der kritische Bereich findet sich bei den Parteiaktivisten und Parteimitgliedern. Meine Hypothese lautet nun, daß gerade bei diesen Schichten, bei den mittleren und niedrigen Funktionären, die Fragmentierung besonders ausgeprägt, das jeweilige Feindbild besonders negativ besetzt, die subkulturelle Ausformung am deutlichsten und daher die Konfliktbereitschaft besonders hoch war⁹. Diese Hypothese läßt sich bei der Sozialdemokratie relativ gut testen. Dank des hohen Organisationsgrades, wegen der statistikfreudigen Einstellung der Sozialdemokratie lassen sich Parteiaktivisten und -mitglieder leicht eruieren. Bei der Christlich-sozialen Partei ist dies leider nicht der Fall. Hier existieren nur indirekte Hinweise.

Eine schärfere Konfliktorientierung läßt sich bei jenen christlichsozialen Kreisen feststellen, die die Heimwehr trugen. Mit Landesrat Wilhelm Scherthanner als Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung und Josef Hauthaler als Vertreter des Katholischen Bauernbundes reichte diese Gruppe in die Parteielite hinein¹⁰. Aus ihrer Konkurrenzsituation zur

⁷ *Ernst Hanisch*, Die sozialdemokratische Fraktion im Salzburger Landtag 1918–1934, in: *Bewegung und Klasse*, hg. von Gerhard Botz u. a., Wien 1978, 252.

⁸ Salzburger Chronik, 10. 11. 1925, 27. 2. 1932. Vgl. dazu: *Herbert Dachs*, Schule und Politik. Die politische Erziehung an den österreichischen Schulen 1918 bis 1938, Wien 1982, 103.

⁹ Für die Zweite Republik vgl. *G. Bingham Powell Jr.*, Social Fragmentation and Political Hostility. An Austrian Case Study, Stanford 1970.

¹⁰ Vgl. *Ludger Rape*, Die österreichischen Heimwehren und die bayerischen Rechte 1920–1923, Wien 1977; *Hanisch* (wie Anm. 2), 922–927.

Sozialdemokratie (in den Gewerkschaften häufig mit der Closed-shop-Tendenz konfrontiert) neigten einzelne Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung zu einer schärferen Tonart. Bei einzelnen Bauernbundfunktionären wirkte die Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Bolschewismus mobilisierend (Slogan: Die Roten wollen deinen Hof!). Tatsächlich hatte die Verselbständigung der Arbeiterrätebewegung im Jahre 1919 eine tiefsitzende Angst um das Eigentum ausgelöst; vor allem angesichts der Schwäche des Staatsapparates. Dafür zwei Beispiele: Am 25. September 1919 schrieb der Bocksteiner Grundbesitzer Johann Stöckl im Namen einer Bauern- und Bürgerversammlung an die Bezirkshauptmannschaft St. Johann:

In letzterer Zeit mehren sich die Angriffe der sozialistischen, richtiger bolschewistischen oder kommunistischen Partei in der Gemeinde Badgastein auf das Privateigentum in besorgniserregender Weise. Durch die Einmischung der Arbeiter- und Soldatenräte in alle möglichen Angelegenheiten und durch die Anmaßung von öffentlichen Gewalten durch dieselben werden die bürgerlichen und bäuerlichen Elemente fortwährend beunruhigt und drangsaliert, ein Gefühl der Unsicherheit greift überall Platz, und die gewalttätige Haltung der kommunistischen Partei erzeugt eine derart gereizte Stimmung, daß man von der Selbsthilfe nicht mehr weit entfernt ist, falls auch weiterhin die berufenen öffentlichen Gewalten versagen sollten.

So hat die Umsturzpartei unter Führung des Obmannes des Arbeiterrates von Badgastein in einer vor kurzem abgehaltenen Versammlung eine förmliche Verteilung des Vermögens einzelner Bürger und Bauern sich angemaßt. (. . .)

*Einer Regierung, die außer Stande ist, Recht und Gesetz, das Eigentum und die persönliche Sicherheit zu wahren, dürften die Steuermittel kaum mehr länger anvertraut werden!*¹¹

Lujo Tončić-Sorinj, Außenminister der Regierung Klaus, berichtet in seinen Memoiren, wie 1919 drei Herren durch das Haus seiner Familie gingen, um überschüssigen Wohnraum festzustellen. Der Knabe fragte, wer diese Leute seien, und erhielt die Antwort – Sozialisten. . . . *in meinem Unterbewußtsein versank dieser Begriff „Sozialisten“ mit der Vorstellung von Menschen, die anderen etwas wegnehmen*¹².

Die Angst um das Eigentum erzeugte jene Stimmung der Bedrohung, die sich in der Gründung von Heimwehren politisch kristallisierte. Übersehen wurde dabei, daß faktisch keine einzige Enteignung im Lande stattfand und daß die sozialdemokratische Parteielite alles tat, um die Arbeiter- und Soldatenräte in den parteipolitischen Griff zu bekommen und ihre Radikalität zu zähmen.

Der tief in die persönliche, intime Sphäre eingreifende Antiklerikalismus der Sozialdemokratie wiederum, wo jedes Glas Wein, das ein Pfarrer trank, genüßlich in der Presse aufgerechnet wurde, führte bei einigen

¹¹ SLA, PA, K 118, 1919 IX 3301. Vgl. Bert Herzog, Die Revolution in Salzburg 1918–1919, Seminararbeit im Institut für Geschichte, WS 1983/84.

¹² Lujko Tončić-Sorinj, Erfüllte Träume. Kroatien – Österreich – Europa, Wien 1982, 44.

politisierenden Priestern zur Radikalisierung¹³, z. B. bei dem auch in der eigenen Partei umstrittenen wortgewaltigen Pinzgauer Kaplan Johann Hasenauer oder bei dem Halleiner Katecheten Dr. Max Gmachl, gegen den die Bürgerschüler einen offiziellen Schulstreik inszenierten und der bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf dem umstrittenen Halleiner politischen Boden kämpferisch hervortrat¹⁴. Immer wieder erwies sich der emotionell verletzende Stil der antiklerikalen Propaganda als wichtigstes Kohäsionsmittel, das die divergierenden sozioökonomischen Interessen im christlichsozialen Lager zusammenhielt.

Alle Parteieliten zeigten (selbstverständlich) ein unterschiedliches Verhalten, verwendeten eine andere Sprache, je nachdem, ob sie in der Cross-pressure-Situation der Landesregierung, der Landtagsausschüsse wirkten, oder ob sie in der Parteipresse schrieben, in einer Parteiversammlung sprachen. In der Öffentlichkeit war der Ton immer eine Spur radikaler.

2. Neugründung, Elite, Organisation

Während des Ersten Weltkrieges war die Organisationsstruktur praktisch aller Parteien zusammengebrochen. Zuerst faßte die Sozialdemokratie wieder Tritt. Ende November 1918 ergriff dann der Katholische Bauernbund durch seinen Obmann Johann Lackner die Initiative. Im Paulusstübl von St. Peter (bezeichnenderweise) beschlossen die Delegierten der verschiedenen großen katholischen Verbände die Neugründung der Christlich-sozialen Partei. Ziel war der Zusammenschluß des christlichen Volkes – als Gegengewicht zur Sozialdemokratie. Die einzelnen Verbände sollten jedoch als „Standesorganisationen“ ihre volle Selbständigkeit bewahren¹⁵. Damit war ein sehr lockeres Organisationsmodell angepeilt. Die Christlichsozialen konstituierten sich zwar als Massenpartei, gehörten aber wegen ihrer schlechten Durchorganisation eher zum Typus einer Wählerpartei. Das eigentliche Parteileben fand außerhalb der Wahlzeiten in den katholischen Teilorganisationen statt. Das heißt aber auch: die kirchliche Vereinsstruktur und die Teilorganisationen der Partei überschnitten sich. Die Katholische Frauenbewegung z. B. war gleichzeitig ein Teil des kirchlichen Vereinslebens und eine Teilorganisation der Partei.

Von allen Parteien der Ersten Republik entsprach die Christlich-soziale Partei am ehesten dem Typus einer Volkspartei. Sie versuchte, Arbeiter, Bauern und Bürger zu integrieren – allerdings mit unterschiedlichem Erfolg. Politisch hatte zunächst der Bauernbund, ideologisch hatte die

13 Beispiele dafür in Salzburger Wacht, 5. 10. 1920, 8. 10. 1920, 13. 1. 1921.

14 Salzburger Chronik, 6./7. 7. 1922.

15 Salzburger Volksbote, 11. 12. 1918; Salzburger Chronik, Jubiläumsausgabe, 20. 4. 1924.

katholische Kirche das größte Gewicht innerhalb der Partei. Als Weltanschauungspartei reinsten Zuschnitts hieß ihr oberstes Prinzip: die christliche Weltanschauung in allen öffentlichen und wirtschaftlichen Gebieten durchzusetzen. Organisatorisch bedurfte die Partei der Unterstützung der Pfarrkanzleien. Zwar gab es ein Landespartei sekretariat – als Parteisekretär fungierte der Gesellenpräses Franz Schmitz, ein Priester, vorerst in der Franz-Josef-Straße 15, dann Josef Hackl und in den dreißiger Jahren Dr. Anton Schober –, aber die eigenständige Durchorganisierung auf Bezirks- und Ortsebene funktionierte nur schlecht. Die Intelligenz wurde der Partei durch den CV zugeführt; allerdings hatte sich dieses Rekrutierungsmuster zu Beginn der zwanziger Jahre noch nicht ganz durchgesetzt. Die katholischen Priester mußten daher so lange als Platzhalter dienen, bis eine eigenständige Parteiintelligenz herangewachsen war.

Das Gewicht des Klerus wird in der ersten Parteileitung von 1918 sichtbar: vier Priester saßen neben vier Bauern, zwei Frauen, einem Beamten, einem Rechtsanwalt, einem Gewerbetreibenden und einem Arbeiter. Bestand die Parteileitung von 1910 fast durchwegs aus Gewerbetreibenden, so hatte sich 1918 ihre Struktur zur Volkspartei hin geöffnet¹⁶.

Tabelle 1: Berufsstruktur der christlichsozialen Parteileitung in Salzburg 1919–1931

Bauern	12
öffentlicher Dienst	9
Gewerbetreibende	8
Arbeiter	5
Priester	4
Frauen	3
freie Berufe	<u>1</u>
	42

Quelle: Salzburger Chronik, 1919–1931.

Die Tendenz zur Volkspartei setzte sich auf der Elitenebene mit einigen sozialen Verzerrungen fort: Frauen und Arbeiter waren relativ schwach vertreten, der öffentliche Dienst und die Priester waren hingegen überdimensioniert repräsentiert. Auch der geringe Anteil der freien Berufe fällt auf – sie waren nach wie vor die Domäne der Deutschenationalen.

Die Parteiführung selbst wies eine hohe Stabilität auf. Von 1918 bis 1922 war der Präsident des Katholischen Bauernbundes Johann Lackner, Großgrundbesitzer aus Altenmarkt, Parteiobmann. Ab 1922 (bis zum Auflösungsbeschuß) führte der Abgeordnete zum Nationalrat und

¹⁶ Salzburger Chronik, Jubiläumsausgabe, 20. 4. 1924.

kurzfristige Bundeskanzler, der Rechtsanwalt Dr. Rudolf Ramek, die Partei. Allerdings muß man deutlich zwischen der nominellen und der tatsächlichen Parteiführung unterscheiden: Der landespolitisch eher blasse Ramek konnte sich gegenüber dem vitalen Polterer Landeshauptmann Franz Rehrl nur schwer durchsetzen.

Tabelle 2: Berufsstruktur der christlichsozialen Abgeordneten zum Landtag

1918–1919: 19 Mandate

Bauern	8
Gewerbetreibende	3
öffentlicher Dienst	3
Priester	3
freie Berufe	1
Arbeiter	1

1919–1922: 20 Mandate

Bauern	6
Gewerbetreibende	5
öffentlicher Dienst	5
Priester	3
Arbeiter	1

1922–1927: Christlich-nationale Wahlgemeinschaft: 12 Mandate

Die eigentlichen christlichsozialen Mandatare lassen sich nicht feststellen.

1927–1932: 13 Mandate (+1 Ersatzmandat)

Bauern	5
Gewerbetreibende	3
öffentlicher Dienst	3
Priester	1
Parteiangestellte	2

1932–1934: 12 Mandate

Bauern	4
Gewerbetreibende	3
öffentlicher Dienst	2
Priester	1
Parteiangestellte	2

Quelle: Salzburg Informationen, Salzburg 1978.

Die Elitenrekrutierung auf Landtagsebene bestätigt das Bild der tendenziellen Volkspartei – mit noch deutlicheren Verzerrungen. Die Arbeiter waren besonders schwach, Frauen überhaupt nicht vertreten. Der Partei war dieses Defizit durchaus bewußt. Angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der Frauen christlichsozial wählte, ein besonders gravierendes Manko. Man tröstete sich und die Frauen über dieses Defizit mit der

Feststellung hinweg: Die ländlichen Wählerinnen wollen gar keine weibliche Vertretung im Landtag¹⁷.

Das Verlaufsmuster während der Ersten Republik zeigt einige ganz charakteristische Züge. Die Bauern, die in der „revolutionären Phase“ 1918–1920 ein hohes ökonomisches und politisches Gewicht besaßen, verloren in der Folge an Positionen; ebenso der Klerus – ein deutliches Signal für die Positionsstärkung der Laienintelligenz. Diese Tendenz wird durch die relativ starke Position des öffentlichen Dienstes untermauert. Als relativ stabil erwies sich jedoch das Gewerbe.

Ein Vergleich mit der Sozialstruktur der sozialdemokratischen Mandatäre ist leicht möglich¹⁸. Bereits früh, 1918, hatten die Parteiangestellten in der Sozialdemokratischen Partei ein hohes Gewicht (drei Mandatäre). Die Bürokratisierung und Professionalisierung als Ausdruck der besseren Organisationsform waren in der Sozialdemokratie am weitesten fortgeschritten. Die Christlichsozialen holten erst Ende der zwanziger Jahre etwas auf. Eisenbahner und Volksschullehrer als weitere Kernschichten der sozialdemokratischen Elite fehlten bei den Christlichsozialen völlig. Dafür wies die kleinere sozialdemokratische Fraktion ab 1927 immerhin eine Frau auf.

Dieses Organisationsdefizit gegenüber der Sozialdemokratie beschäftigte fast jeden Parteitag der Christlichsozialen. 1924 referierte Rudolf Ramek ausführlich über dieses Problem¹⁹. Dabei wurde das christlich-soziale Dilemma deutlich sichtbar: Man wollte und konnte keine Partei vom Typus der Sozialdemokratie sein. Dazu waren die Interessengegensätze innerhalb der Partei zu groß. Die Partei mußte so den „Standesorganisationen“ einen weiteren Spielraum geben und sich darum bemühen, auf der Ebene der Landesparteileitung die Interessen auszugleichen. Gleichzeitig jedoch beneidete man die Sozialdemokratie um ihre straffen Ortsparteileitungen, um ihr Vertrauensmännernetz, und versuchte, es zu imitieren – mit relativ geringem Erfolg. „Plauderstuben“ und gelegentliche Konferenzen boten nur einen schwachen Ersatz. Nur wenn ein Pfarrer besonders aktiv war, wie in Dürrnberg, nahe Hallein, gelang es, ein Netz von Vertrauenspersonen zu schaffen, *welche bei allen wichtigen Angelegenheiten, wie Wahl, Sammlungen, Presse, Einsagen zu Versammlungen und dgl., in Funktion treten. Jede Person hat ihre ganz bestimmte Hausnummer zu versorgen. Die Vortrefflichkeit eines solchen Netzes hat sich wiederholt gezeigt*²⁰. Insgesamt bot jedoch die Kommunikationsstruktur der Pfarren einen unübertreffbaren Ersatz. Denn welche andere Partei konnte wöchentlich einmal 70 bis 80 Prozent der Dorfbevölkerung versammeln und sie in einer halbstündigen Predigt politisch beeinflussen?²¹

17 Salzburger Chronik, 19./20. 2. 1922.

18 Ernst Hanisch (wie Anm. 7), 254.

19 Salzburger Chronik, 26. 2. 1924.

20 Seelsorgeberichte, Dürrnberg 1925, KAS, 6/93.

21 Ebd., Zederhaus 1934, KAS, 12/44.

Schwierigkeiten gab es auch mit der De-facto-Parteipresse, mit der Salzburger Chronik. Die Bauern hatten für eine Tageszeitung zuwenig Zeit und zuwenig Interesse; obendrein war der Inhalt für sie zu kompliziert²². Die nichtchristliche Presse hatte in Salzburg fünfmal mehr Abonnenten²³. So glitt die Chronik von einer finanziellen Krise in die andere. Da half es wenig, wenn der Herausgeber, der Priester Leonhard Steinwender, stolz verkündete, daß auf Wunsch der Parteimitglieder keine jüdischen Inserate mehr aufgenommen würden²⁴. Nur die Finanzkraft der Kirche hielt die Zeitung am Leben. Doch die Salzburger Presselandschaft wurde vom deutschnationalen Salzburger Volksblatt beherrscht²⁵.

Etwas besser kam die Wochenzeitung des Katholischen Bauernbundes, der Salzburger Volksbote, bei der ländlichen Bevölkerung an. Signifikant ist die Abonnentenzahl in Oberndorf:

Tabelle 3: Abonnentenzahl in Oberndorf 1922

Salzburger Volksblatt (dtschnat.)	78
Salzburger Volksbote (chs.)	60
Salzburger Chronik (chs.)	22
Salzburger Wacht (sozdem.)	9

Quelle: Seelsorgebericht, Oberndorf 1922, KAS, 6/42.

Um noch einmal auf das eingangs zitierte Strukturmodell einer Partei zurückzugreifen: Die Funktionärsschicht auf der mittleren Ebene ist nicht eruierbar. Beträchtliche Schwierigkeiten bereitet auch die Erhebung der Mitglieder. Lediglich sporadische Angaben in der Presse liegen vor. Die folgende Tabelle stellt sie zusammen.

Tabelle 4: Parteimitgliederzahlen

Katholischer Bauernbund und Landarbeiterbund	ca. 10.000	(Chronik, 3. 12. 1922)
Katholische Frauenbewegung	ca. 14.000	(Chronik, 3. 12. 1922)
	ca. 20.000	(Chronik, 27. 2. 1923)
Katholischer Bauernbund	5.672	(Volksbote, Dez. 1922)
Katholische Arbeiterbewegung	ca. 6.000	(Chronik, 27. 2. 1923)
Katholischer Bauernbund um 1930	ca. 6.000	(Der Katholizismus in Österreich, hg. von Alois Hudal, Innsbruck, 1931, S. 309, S. 325)
Katholische Frauenbewegung um 1930	ca. 16.000	
Christliche Gewerkschaften	3.877	(Chronik, 14. 2. 1933)

Insgesamt kann man etwa 30.000 bis 35.000 Mitglieder in Salzburg annehmen. Damit lag die Christlich-soziale Partei fast um das Doppelte

22 Ebd., St. Georgen 1926, KAS, 6/42.

23 Salzburger Chronik, 20./21. 11. 1921.

24 Salzburger Chronik, 27. 2. 1924.

25 Vgl. *Waltraud Jakob*, Salzburger Zeitungsgeschichte, Salzburg 1979 (Salzburg Dokumentationen 38).

höher als die Sozialdemokratie, die ihren Höchststand 1922 mit knapp 17.000 erreichte²⁶.

Exakter ist (selbstverständlich) die Zahl der Wähler zu bestimmen.

Tabelle 5: Christlichsoziale Stimmen bei den Landtagswahlen

Wahljahr	Stimmen	Prozent	Mandate
1919	36.863	45,35	19
1922	nicht feststellbar		
1927	54.661	48,02	13
1932	44.013	37,94	12

Quelle: Salzburg Informationen, Salzburg 1978.

Die niedrige Stimmenzahl bei der Landtagswahl 1919 erklärt sich aus der geringen Wahlbeteiligung. Nur 50 Prozent der Wahlberechtigten gingen zu den Urnen²⁷. Einen Schock bedeuteten die 10 Prozent Verluste 1932. Darüber später.

3. Ideologie

Mit der Bekanntgabe der Partei(neu)gründung wurde auch ein *Programm der Christlich-sozialen Partei für das Land Salzburg* der Öffentlichkeit übergeben²⁸. Ein etwas merkwürdiges Elaborat. Der massive Antisemitismus, die rabiate Anti-Wien-Stimmung, das Fehlen eines Anschlußparagrafen deuten auf die Verfasserschaft des Pinzgauer Kaplans Johann Hasenauer hin, der im übrigen das Programm auch einbegleitete²⁹.

Nach der Formulierung des obersten Prinzips, die christliche Weltanschauung im öffentlichen Leben durchzusetzen, folgt ein Sprung in die Außenpolitik. Die Kriegsmüdigkeit schlägt voll durch. Gefordert wird ein allgemeiner Völkerbund, ein obligatorisches Schiedsgericht für Staatskonflikte und – für eine Gebirgspartei etwas befremdlich – die Freiheit der Meere. Die republikanische Staatsform wird voll anerkannt und für alle wichtigen Fragen eine Volksabstimmung nach Schweizer Muster vorgesehen. Punkt 4 formuliert die „National-Politik“. Die Essenz: Ausschluß aller Nichtdeutschen, sprich: Juden, vom öffentlichen Dienst; weiters: *Ausschaltung des Protektionswesens und Strebertums durch Abschaffung des starren Rang- und Titelsystems*³⁰. Die Formulierung der Ziele

²⁶ Hanisch (wie Anm. 7), 252.

²⁷ Salzburger Chronik, 8. 4. 1919.

²⁸ 7. Dezember 1918.

²⁹ Auf diesen Zusammenhang machte mich Rupert Klieber aufmerksam. Vgl. *Rupert Klieber, Zur Vorgeschichte der Christlich-sozialen Partei Salzburgs: Die Katholische Arbeiterorganisation von den Anfängen bis 1919 im Spiegel ihrer Presse*, Dipl.-Arbeit, Salzburg 1984.

³⁰ Salzburger Chronik, 7. 12. 1918.

der Landespolitik beschränkt sich auf einen entschiedenen Föderalismus. In der Kultur- und Schulpolitik betont das Programm die Einflußmöglichkeiten der katholischen Kirche. In der Sozialpolitik unterstreicht es die Ordnungsfunktion des Privateigentums, nimmt aber entschieden gegen das Großkapital (= internationales Judentum) Stellung. Die Agrarpolitik wird im Interesse der kleinen und mittleren Bauern formuliert, die allgemeine Wirtschaftspolitik im Interesse des Kleingewerbes – gegen die Kriegszentralen und gegen jede Planwirtschaft. Etwas blaß fällt die Arbeiterpolitik aus. Über die Forderung nach voller Gleichberechtigung des Arbeiterstandes – z. B. durch Errichtung von Arbeiterkammern – bietet dieser Punkt (der letzte im Programm) relativ wenig. Immerhin wird die Demokratisierung auch auf Krankenkassen und Versicherungsanstalten ausgedehnt. – Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich die Christlich-soziale Landespartei um ein entschieden demokratisch-republikanisches Profil bemühte und sich bewußt als Volkspartei, *die Platz für alle bot, weil sie jedem das Seine (sic!) gibt und das Seine läßt*, stilisierte³¹. Welche Interessen sich jedoch innerhalb der Partei tatsächlich durchsetzen, ist eine andere Frage und muß gesondert diskutiert werden.

Vorerst noch eine Bemerkung zur nationalen Identität der Partei. Auffallend war das Fehlen eines Anschlußparagraphen im Programm. Das wurde allerdings eine Zeit später wieder wettgemacht. Eine Resolution am Landesparteitag von 1920 erblickte im Anschluß an Deutschland *nach wie vor . . . unser nationales und wirtschaftliches Ziel*³². Und bei der Anschlußabstimmung im Mai 1921 wirkte die Partei – wenn auch etwas zögernd und von den Parolen der Straße gefangen – dann doch mit. Allerdings: Bereits am 30. November 1918 protestierte Kaplan Johann Hasenauer gegen die Wiener Anschlußtendenzen und fand es unangebracht, in dieser Stunde der Verwirrung einen Schritt zu tun, dessen Tragweite niemand ermessen kann³³. Vor allem nach der Genfer Sanierung, ab 1923, setzte ein etwas deutlicheres Österreichbewußtsein in der christlichen Presse ein. Gekoppelt war dieses zarte Pflänzchen einer österreichischen Identität mit dem großaufgemachten Seipel-Mythos: Seipel wurde als Retter des Vaterlandes, als Führer des christlichen Volkes gefeiert, der *uns wieder gelehrt hat, Österreicher zu sein und an Österreichs Zukunft zu glauben*³⁴. Massenversammlungen mit Tausenden von Besuchern unterstrichen diesen Mythos.

In der Nähe von Salzburg lebte auch der Schriftsteller Josef August Lux, der Anfang der zwanziger Jahre in Vorträgen und Aufsätzen der Bevölkerung seine Parole *Wach auf, mein Österreich!* entgegenrief³⁵. Er bezahlte diese Österreich-Propaganda später mit dem KZ.

31 So *Hasenauer* in der Einleitung, Salzburger Chronik, 7. 12. 1918.

32 Salzburger Chronik, 11. 5. 1920.

33 Ebd., 30. 11. 1918.

34 Ebd., 10./11. 5. 1923.

35 Ebd., 5. 9. 1923. Vgl. auch *Dachs* (wie Anm. 8), 95–97.

4. Teilorganisationen

Sehr vereinfacht gesagt, waren es zwei wesentliche Faktoren, die die österreichische Parteienlandschaft der Zwischenkriegszeit bestimmten – die sozioökonomische Interessenlage einerseits und die weltanschauliche Einstellung andererseits. Die sozioökonomische Interessenlage brachte den Großteil der Arbeiter in die Sozialdemokratie, die weltanschaulichen Trennlinien ließen aber auch eine christlichsoziale und eine nationale „Arbeiterbewegung“ entstehen. Die entschiedene Mehrheit der Bauern organisierte sich ihrer Interessenlage entsprechend in der Christlich-sozialen Partei, die nationalen und antiklerikalen Bauern hingegen fanden ihre politische Heimat im Freiheitlichen Bauernbund, respektive im Landbund.

Die unterschiedlichen sozialen Schichten, die in der Christlich-sozialen Partei zusammenfanden, führten zur Herausbildung einer tendenziellen Volkspartei. Hier ist allerdings Vorsicht am Platze: als Volkspartei wird dabei ein älterer Typus angesprochen, der in der Parteienforschung auch als Integrationspartei gilt; er ist deutlich von der Allerweltpartei (catch all party) à la Otto Kirchheimer abgehoben³⁶. Dieser ältere Typus einer Volkspartei verzichtet keineswegs auf eine distinkte, ja massive Weltanschauung. Im Gegenteil: Die katholische Ideologie bildete geradezu das entscheidende Bindemittel für die divergierenden Interessenlagen.

Die Selbsteinschätzung der Christlichsozialen als Volkspartei darf auch nicht von der konkreten historischen Frage ablenken, welche Interessen sich in der Partei tatsächlich durchsetzten. Auf die Verzerrungen bei der politischen Elite (auf den geringen Arbeiteranteil) wurde bereits aufmerksam gemacht. Diese Behauptung kann noch durch eine weitere Analyse untermauert werden.

Tabelle 6: Christlichsoziale Wahlkandidaten für die Landtagswahl 1932

Bauern	21
Gewerbetreibende	11
öffentlicher Dienst	9
Arbeiter	5
freie Berufe	2
Parteibeamte	1
Priester	1

50

Quelle: Salzburger Chronik, 30. 3. 1932.

Eine solche Analyse geht von der Annahme aus, daß aus wohl taktisch-optischen Gründen auf eine besonders sorgfältige Streuung der Kandidaten Wert gelegt wird, um als Volkspartei möglichst alle sozialen Schichten anzusprechen. Das Ergebnis zeigt eine eindeutige Bevorzugung der

³⁶ Vgl. Alf Mintzel, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit, Opladen 1984.

Bauern, des Gewerbes und des öffentlichen Dienstes. Während in der Bevölkerung 49 Prozent der Berufstätigen Arbeiter waren, machte der Arbeiteranteil bei den Wahlkandidaten nur zehn Prozent aus. Diese quantitative Analyse kann durch eine qualitative Analyse der Landtagsprotokolle unterstrichen werden. Es waren die Sozialdemokraten, die hartnäckig und beharrlich um eine ökonomische und rechtliche Besserstellung der Arbeiter kämpften – gegen die Interessen des Kleingewerbes, das z. B. mit dem Achtstundentag nicht fertig wurde, und gegen die Interessen der Bauern, die sich beharrlich weigerten, die Landarbeiter in ein modernes Arbeiterschutzgesetz einzubinden³⁷. Mit einem Satz gesagt: Beim Durchsetzen ihrer sozioökonomischen Interessen zog die Katholische Arbeiterbewegung innerhalb der Christlichsozialen meist den kürzeren. Die Interessen der Bauern und des Gewerbes dominierten eindeutig. Lediglich die nicht unbeträchtliche Anzahl der Arbeiter in der Partei (ca. ein Fünftel) und die zwölf Prozent der Salzburger Arbeiter, die bei der Arbeiterkammerwahl von 1926 die christlichsoziale Liste wählten, erlauben es, von einer tendenziellen Volkspartei zu sprechen³⁸.

a) *Der Katholische Bauernbund*

Zu Beginn der Republik bildete der 1906 gegründete Bauernbund zweifellos die ökonomisch und politisch stärkste Teilorganisation³⁹. Schließlich ging von ihm die Initiative für die Neugründung der Partei aus; und sein Präsident führte auch die Gesamtpartei. Die Kriegs- und Nachkriegsinflation hatte eine schweigende Vermögensumverteilung von den Geld- zu den Sachwerten vollzogen. Davon profitierte ein Teil der Bauernschaft. Die ohnedies begünstigten Flachlandbauern konnten ihre Schulden leicht abtragen und in der Hungerkrise von 1918 bis 1920 ihre marktnahe Produzentenposition voll ausspielen.

Sehr drastisch berichtet Burghard Breitner in seinen Erinnerungen: Als er aus Sibirien in sein bürgerliches verarmtes Elternhaus nach Mattsee zurückkehrte, *schleppten gerade ein paar neureiche Bauern Teppiche und Bilder in ihre Schlitten. Später kamen Kleider, Wäsche und Geschirr an die Reihe*⁴⁰.

Durch das Genossenschaftswesen und die Raiffeisenkassen verfügte der Bauernbund über eine solide finanzielle Basis. Aber die Spekulationswut machte auch vor ihm nicht halt. Auf Tiroler Initiative wurde eine Agrarbank für die Alpenländer gegründet. Lackner setzte es durch, daß sich auch der Salzburger Bauernbund daran beteiligte. Führende Salzbur-

37 Ernst Hanisch, Die sozialdemokratische Fraktion, 247–268; Ernst Bruckmüller u. a., Soziale Sicherheit im Nachziehverfahren, Salzburg 1978.

38 Ernst Hanisch, Provinz und Metropole. Gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven der Beziehungen des Bundeslandes Salzburg zu Wien (1918–1934), in: Beiträge zur Föderalismusdiskussion, Salzburg 1981 (Salzburg Dokumentationen 59).

39 Vgl. dazu: Ernst Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation und gesellschaftliche Modernisierung, Salzburg 1977.

40 Burghard Breitner, Hand an zwei Pflügen, Innsbruck 1958, 153.

ger christlichsoziale Politiker saßen im Aufsichtsrat. Doch schon 1926 krachte die Bank zusammen. Millionen Bauerngelder waren verspekuliert⁴¹. Ebenso verfehlt erwies sich die Gründung eines Textilwerkes in Hallein. Auch dieses Unternehmen scheiterte bald⁴².

Der politische Konkurrent des Katholischen Bauernbundes war der Freiheitliche Bauernbund (Landbund), der besonders im Flachgau verankert war. Auf der dörflichen Ebene kam es zum Teil zu harten Konfrontationen, wobei soziale Schichtungslinien mitspielten. Dem nationalen Landbund gehörten oft jene Bauern an, die daneben als Wirte, Fleischauger, Sägewerksbesitzer usw. ein Gewerbe betrieben und die mit dem „reinen“ Bauern in ökonomischen Marktbeziehungen standen. Einigungsbestrebungen gab es während der ganzen Republik – gelegentlich drohte der Katholische Bauernbund, sich von der Christlich-sozialen Partei zu trennen, falls die Bauerninteressen zu wenig berücksichtigt würden⁴³. Ansätze für eine „Bauerneinigung“ existierten in der Heimwehr und in der gemeinsamen Liste für die Wahl in den Landeskulturrat. Diese Wahl im Jahre 1924 brachte der gemeinsamen Liste über 13.000 Stimmen und alle 16 Mandate; die Sozialdemokraten erhielten nur etwas über 500 Stimmen und kein Mandat. Der sozialdemokratische Marsch ins Dorf war eindeutig gescheitert⁴⁴.

Besonders erbittert verlief der Kampf der Salzburger Bauern gegen die Bundesforste. Es ging dabei um das alte und heikle Problem der Einforstung. Im Zuge der Genfer Sanierung hatten die Bundesforste einen strengen Rationalisierungsauftrag erhalten. Das hieß u. a., die Forstservitute abzulösen bzw. einzuschränken. Für Salzburg war dies ein besonders brennendes Problem. Während die Gesamtwaldfläche Österreichs nur mit 15 Prozent Einforstungsrechten belastet war, betrug der Anteil in Salzburg 51 Prozent. Für die ohnedies benachteiligten Gebirgsbauern waren der Holz- und Streubezug sowie das Weiderecht jedoch eine pure ökonomische Überlebensfrage. Daher intervenierten Bauernbund und Landeskulturrat massiv – und setzten sich auch im wesentlichen durch, wenn man will: gegen das Genfer Sanierungswerk und gegen Seipel⁴⁵!

Der Bauernbund war solide im katholischen Milieu verankert. Der Anlaß eines Landes-Katholikentages wurde gleich mitbenützt, um die eigene Generalversammlung abzuhalten⁴⁶. Der Priester Michael Schusterbauer diente seit 1917 als Sekretär und Redakteur; ein weiterer Prie-

41 Vgl. *Karl Aush*, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien 1968, 284f.; *Fritz Weber*, Der finanzielle Länderpartikularismus. Aufstieg und Fall der Provinzbanken in der Ersten Republik. Unpubl., Föderalismus in Österreich 1918–1938.

42 Salzburger Volksbote, 4. 7. 1926.

43 Salzburger Volksbote, Dezember 1922.

44 Salzburger Chronik, 29. 4. 1924; Volksbote, 4. 5. 1924.

45 Landeskulturrat, 16. 1. 1925, 16. 3. 1925; vgl. *Wilhelm Pietsch*, Die Einforstung, in: Schwarzenbergischer Almanach 35 (1973).

46 Salzburger Chronik, 25. 10. 1921.

ster, Dr. Franz Forstner, gab lange Jahre den beliebten Bauernbundkalender heraus; selbst in den Bezirksausschüssen des Landeskulturrates wirkte gelegentlich ein Priester als Obmann (so im Lungau)⁴⁷. Und die Kirche tat alles, um die Ideologie des *ganzen Hauses* aufrechtzuerhalten und das Gesinde von der Sozialdemokratie fernzuhalten. (Die Christlich-sozialen hatten es schließlich durchgesetzt, daß die Land- und Forstarbeiter nicht in die Arbeiterkammer einbezogen wurden.) Erzbischof Rieder: Ein braver Diensthote sei ein Segen für das ganze Haus. Und an anderer Stelle heißt es: Auf der wohlverstandenen Interessengemeinschaft von Bauern und Landarbeitern beruhe der ganze Landfrieden⁴⁸. Allerdings: In manchen kleinen Gemeinden hatte selbst der Bauernbund Schwierigkeiten, eine Organisationsstruktur aufrechtzuerhalten; denn, wie ein Pfarrer lapidar feststellte: *Die bäuerliche Bevölkerung liebt das Vereinswesen überhaupt nicht*⁴⁹. Und ein anderer, mehr puritanischer Pfarrer wetterte selbst gegen katholische Vereine: Auch sie verleiten die Bauern zu Wirtshausbesuchen und bieten damit nur Gelegenheiten, die *Genußsucht unserer Zeit* christlich zu organisieren⁵⁰.

Die schwere Agrarkrise, die Ende der zwanziger Jahre begann, traf den Katholischen Bauernbund bis ins Mark. Die Preise von Vieh und Holz – die Haupteinnahmequellen der Gebirgsbauern – sanken ins Bodenlose. Diese Entwicklung verlief wahrhaft dramatisch. 1933 mußten 906 land- und forstwirtschaftliche Betriebe (= 7,5 Prozent) zwangsversteigert werden; und noch viel dramatischer: über 80 Prozent aller Betriebe waren von Mobiliarexekutionen, Fahrnispfändungen usw. betroffen. Der Schuldenstand belief sich auf ca. 12 Millionen Schilling, wobei nicht die Höhe, sondern die Art der Verschuldung bedenklich war. Denn der Großteil der bäuerlichen Schulden betraf den teuren und kurzfristigen Privatkredit sowie Handelsschulden an lokale Kaufleute und Handwerker, die selbst um jeden Groschen raufen mußten⁵¹. Der Präsident des Katholischen Bauernbundes, Josef Hauthaler (seit 1927), mußte zugeben, daß die Not in den Gebirgsgauen so groß sei, daß statt des Kochsalzes nur mehr das vergällte Viehsalz in der bäuerlichen Küche verwendet werde, und daß die Bauern nur mehr Kleiebroten aßen⁵². Eine „Nottagung“ der Salzburger Bauernschaft stellte übereinstimmend das *menschenunwürdige Dasein* der Bauern fest⁵³.

47 Ebd., 31. 5. 1924.

48 Ebd., 25. 10. 1921.

49 Seelsorgebericht, St. Georgen 1924, KAS, 6/42.

50 Seelsorgebericht, Krispl 1925, KAS, 6/93.

51 AVA, Wien, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft B 258, 2454/37; B 257, 45057-4/33; *Siegfried Mattl*, Krise und sozialer Protest. Die Widerstandshandlungen österreichischer Bauern gegen das behördliche Exekutionssystem in den Jahren 1931 bis 1933, Wiss. Kommission, Symposium 24.–25. Oktober 1983.

52 Salzburger Volksbote, 21. 4. 1935.

53 Salzburger Chronik, 26. 9. 1932; *Ulrich Kluge*, Organisierte Agrargesellschaft im Schnittpunkt der Verfassungs- und Wirtschaftskrise 1933, in: Geschichte und Gegenwart 3 (1984).

Die politische Folge der schweren Agrardepression war ein Verlust der Integrationskraft des Bauernbundes. Die Bauern griffen zur Selbsthilfe. Eine unabhängige Bauernbewegung um Jörg Steinbacher von St. Martin entstand, in St. Johann marschierten Tausende von erbitterten Bauern auf („Bauernsturm“), auch die Pfarrer notierten eine starke Radikalisierung der bäuerlichen Bevölkerung⁵⁴, die Nationalsozialisten nützten die Agrarkrise in einer überaus geschickten und aggressiven Propaganda aus. Das Ergebnis des neuen politischen Stils zeigte sich bei der Landtagswahl des Jahres 1932. Die Christlichsozialen verloren praktisch in allen Landgemeinden Stimmen.

Tabelle 7: Christlichsoziale Stimmenverluste bei der Landtagswahl 1932 gegenüber der Nationalratswahl 1930

Stadt Salzburg	+ 664
Flachgau	—1146
Tennengau	— 882
Pongau	—1008
Pinzgau	—2738
Lungau	— 953

Quelle: Errechnet nach Salzburger Chronik, 25. 4. 1932.

Es war ein purer Akt der Verzweiflung und der politischen Ratlosigkeit, als der Katholische Bauernbund im März 1933 in einem Telegramm an Dollfuß die Ausschaltung des Parlamentes jubelnd begrüßte⁵⁵.

b) Die Katholische Frauenorganisation

So gewichtig die Frauenbewegung von der Zahl ihrer Mitglieder her war (sie war immerhin die stärkste Teilorganisation), so unbedeutend war sie politisch. Das katholisch-traditionelle Frauenbild wirkte als Sperre. Zumeist beschränkte sich die Tätigkeit der KFO aufs Karitative. Die Frauen gingen wallfahrten, besuchten die Kranken, schmückten die Kirchen aus, beschenkten die Kinder zu Weihnachten und gestalteten Erstkommunionfeiern. Die Pfarrer allerdings wußten, was sie im kirchlichen Alltag an den Frauen hatten, und meldeten stolz ans Ordinariat: *Diese edlen Frauen sind für alles Gute zu haben und sind wohl die besten Mitarbeiter in der Seelsorge*⁵⁶. Nötigenfalls mußten sie auch den Männern die christlich-sozialen Wahlzettel in die Hand drücken. Aber auch das Karitative konnte gelegentlich eine politische Dimension gewinnen. In der Industriegemeinde Lend stritten die sozialistischen Kinderfreunde und die Katholische Frauenbewegung um die Führung eines Kindergartens. Die Lösung des Konfliktes geschah einfach: Der Fabriksdirektor verweigerte den

⁵⁴ Seelsorgebericht, Embach 1931, KAS.

⁵⁵ Salzburger Volksbote, 19. 3. 1933.

⁵⁶ Seelsorgeberichte, Bramberg 1930, KAS; Irene Schöffmann, Ein (anderer) Blick auf die katholische Frauenbewegung der Zwischenkriegszeit, in: ÖGL (28) 1984.

Kinderfreunden ein Lokal, während er es dem KFO-Kindergarten kostenlos zur Verfügung stellte⁵⁷.

In den Führungspositionen der Katholischen Frauenbewegung wirkten auffallend viele Hocharistokratinnen. Lange Jahre führte die Gräfin Blome als Präsidentin den Verband, und im Lungau gab die ebenso originelle wie vitale Gräfin Margit Szápáry den Ton an⁵⁸, während im Flachgau eine Prinzessin Hedwig Auersperg aktiv war. Gehörte es früher zu den adeligen Standespflchten der Gutsherrinnen, beim Tee und beim Geplauder für die Dorfarmen zu stricken, so kümmerten sie sich jetzt vereinsmäßig um die katholische Erziehung und die hauswirtschaftliche Schulung der Mädchen.

c) Die Katholische Arbeiterbewegung

Auch dieses Standbein der Christlich-sozialen Partei war politisch einigermaßen unterentwickelt. Zwar gelang es anfänglich, den Verbandsobmann Wilhelm Schernthanner in die Landesregierung zu entsenden, aber die Katholische Arbeiterbewegung vermochte selbst nur Randschichten der Arbeiterklasse zu binden: Knechte und Mägde, Dienstmädchen und Angehörige des öffentlichen Dienstes. So blieb nur *ein verhältnismäßig geringes Häuflein, das in Treue ausharrte*, übrig⁵⁹. Die klassische sozialdemokratische Industriearbeiterschaft – in Lend, in Mühlbach, in Hallein – schottete sich völlig ab. Die unentwegten christlichsozialen Klagen über den sozialdemokratischen „Terror“ entbehrten nicht jeder realen Grundlage⁶⁰. Tatsächlich wurde hie und da auf die christlich gesinnten Arbeiter ein z. T. recht derber Druck ausgeübt, in die Freien Gewerkschaften einzutreten. Schernthanners Jammer im Landtag war ehrlich empfunden: *Ich habe seit 25 Jahren inmitten von Sozialdemokraten gearbeitet, und ich muß sagen, daß ich für meine Gesinnung, Jahr für Jahr, Spott und Hohn, Beflegelung und Verfolgung aushalten mußte . . .*⁶¹ Umgekehrt jedoch wurden auch sozialdemokratische Arbeiter aus „christlichen“ Betrieben hinausgeekelt. Die alles durchziehenden Lagerbindungen machten vor den Betrieben schon gar nicht halt. Wiederum dürften es die mittleren und unteren Gewerkschaftsfunktionäre beider Couleurs gewesen sein, die besonders radikal durchgriffen. Die Konkurrenzsituation zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und das daraus resultierende hoffnungslose Unterlegenheitsgefühl führten einerseits dazu, daß

57 Seelsorgeberichte, Lend 1921.

58 *Nora Watteck*, Gräfin Margit Szápáry, in: MGSL 119 (1979), 261–275.

59 Salzburger Chronik, 19. 3. 1921.

60 Salzburger Chronik, 5. 3. 1921, 23. 3. 1921, 22./23. 10. 1922. Vgl. *Wilfried de Waal*, Untersuchung über „Terror“ in den Wiener Betrieben, in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, Wien 1979 (Veröffentlichungen der Wiss. Kommission 5).

61 Verhandlungen, 30. 1. 1920, 1783.

Schernthanner zu den Gründern der Salzburger Heimwehr gehörte, und daß andererseits die gedemütigte, von den Priestern bevormundete christliche Arbeiterbewegung nach 1934 triumphierend den Platz der Freien Gewerkschaften einzunehmen suchte.

d) *Und das Gewerbe?*

Auf das große Gewicht der Gewerbeinteressen innerhalb der Christlich-sozialen Partei wurde mehrfach hingewiesen. Auch in die Elitenrekrutierung flossen diese Interessen deutlich ein. Umso merkwürdiger wirkt dann die Feststellung, daß dieses Gewerbe keine eigene christlich-soziale Vertretung besaß. Denn der Deutsch-österreichische Gewerbebund gerierte sich offiziell als unpolitisch, wenn er auch in Salzburg eine christlichsoziale Führungsspitze – den Färbermeister und Bürgermeister Josef Preis – besaß. Die etwa 400 Mitglieder führten ein ziemliches Schattendasein, das nur gelegentlich durch einige Querhiebe gegen die deutschnational überformte Handelskammer unterbrochen wurde⁶². Die Mehrheit des Gewerbes in Salzburg war eindeutig deutschnational gesinnt. Erst 1932 affilierte sich der Gewerbebund offiziell an die Christlich-soziale Partei⁶³.

5. Die Krise einer Partei

Anfang der dreißiger Jahre begannen die beiden faschistischen Bewegungen – Heimwehr und NSDAP –, das in Salzburg etablierte System der Konsensdemokratie frontal anzugreifen: als System des Packelns, als Bonzenwirtschaft⁶⁴. Dabei hatte sich die Christlich-soziale Partei lange Jahre bemüht, die Heimwehr unter ihre Fittiche zu nehmen; und die Anhängerschaft dieses Wehrverbandes überschritt sich teilweise mit den Mitgliedern des Bauernbundes. Landeshauptmann Rehl hatte allerdings immer Distanz gewahrt, und auf dem Parteitag des Jahres 1931 ging er zum offenen Angriff gegen die Heimwehr über⁶⁵. Der Pfrimer-Putsch wurde auch vom Katholischen Bauernbund abgelehnt. Langsam setzte sich auch in der Partei die Meinung durch, daß diese „Erneuerungsbewegung“ ins nationale Lager abgeschwommen sei⁶⁶. Ein Großteil der Heimwehrelite schwenkte dann auch zu den Nationalsozialisten über – und nahm einen Teil des bäuerlichen Anhanges mit.

Aber als eigentlicher Gegner, der auch am Mark der Christlich-sozialen Partei sog, entpuppte sich der Nationalsozialismus. Der Wahlkampf des

62 Salzburger Chronik, 16. 6. 1921, 11. 1. 1923.

63 Ebd., 14. 10. 1932.

64 Vgl. *Hanisch* (wie Anm. 2), 918ff. Vergl. jetzt auch: *Walter Wiltschek*, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* Wien 1985.

65 Salzburger Chronik, 9. 3. 1931.

66 Ebd., 20. 4. 1932.

Jahres 1932 brachte einen völlig neuen Stil der politischen Propaganda nach Salzburg. Die Nationalsozialisten überrollten das Land nicht nur mit einer beispiellosen Versammlungslawine, mit Fahnen, Musik, Uniformen, sie griffen pausenlos vor allem die Repräsentanten der Landesregierung an: wie sie lebten, wo sie wohnten, was sie verdienten. Ein vermeintlicher Skandal nach dem anderen wurde „aufgedeckt“; sie sparten weder mit Denunziationen noch mit notorischen Lügen. Keine christlichsoziale Versammlung war vor ihren Störungen sicher. Die NSDAP stilisierte sich als junge Bewegung, die gegen die alte verbrauchte klerikal verzopfte Christlich-soziale Partei losging. Die Partei reagierte hilflos. Organisatorisch schlecht durchgebildet, nützte auch die behäbige Position des Ortspfarrers nichts mehr, um einem aggressiven, auf totale Konfrontation ausgerichteten NS-Agitator Paroli zu bieten. Die Parteileitung versuchte, mit einer sachlichen Aufklärungskampagne ihre Anhänger bei der Stange zu halten; auch ein Wahlfilm, *Arbeit für die Heimat*, wurde eingesetzt; mit der Anti-NS-Parole *Großes Maul – kleines Hirn* glaubte man, an die Rationalität der Wähler appellieren zu können. Vergeblich. Die Christlichsozialen verloren 10.000 Stimmen – vor allem auf dem Land, vor allem bei der Jugend. Zahlreiche Bauernburschen hatten die NSDAP gewählt. Ebenso Dienstboten. Kam es doch vor – wie der Gendarmerieposten Goldegg meldete –, daß die großen Bauern ihre Dienstboten nur mehr gegen Kost und ohne Entlohnung weiterbehalten wollten⁶⁷. Eine beispiellose soziale Deprivation, die von den Nationalsozialisten kanalisiert wurde. Dabei hatte der Priester und christlichsoziale Klubobmann im Halleiner Gemeinderat, Dr. Max Gmachl, ziemlich klar erkannt: *Wenn einmal Hitler über Österreich regiert, werden wir ohnedies recht- und schutzlose Parias sein*⁶⁸.

Die Partei stand vor einer Katastrophe und mußte ihre Organisationsform überdenken. Zum ersten Mal spielte man sogar mit dem Gedanken, ein Mitgliederverzeichnis anzulegen und das System der Einzelmitgliedschaft auszubauen. Vor allem das Netz der Vertrauensleute sollte aktiviert werden: durch Schulungen, Konferenzen, „Plauderstuben“, „Leseecken“, Versammlungsaktivitäten. Das größte Problem hingegen war das Fehlen einer straffen Jugendorganisation. Hier sollten die Ostmärkischen Sturmcharen einspringen und als eklatant katholische Organisation die christliche Jugend mobilisieren und als Saalschutz für christlichsoziale Versammlungen dienen⁶⁹. Mit wenig Erfolg, wie sich rasch zeigte. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Erich Wagner hatte nur zu recht, wenn er in einer Versammlung in Rauris erklärte: *Für die Christlichsozialen steht schon ein Leichenwagen bereit*⁷⁰. Und der Todesstoß wird von der zentralen Parteileitung selbst erfolgen!

67 SLA, PA, K 227, 1932/326/1352.

68 Chronik, 25. 4. 1932.

69 Ebd., 11. 11. 1932; 28. 11. 1932.

70 Ebd., 21. 11. 1932.

Zunächst allerdings, Ende 1932, versuchten die Christlichsozialen sich als erneuerte Partei zu präsentieren – indem sie einige Merkmale der NSDAP imitierten: Bundeskanzler Dollfuß, der schneidige Kaiserjägeroffizier, wurde zum Führer hochstilisiert, der die Zügel fest in der Hand hält; nachgerade peinlich (und hilflos) folgte der aufkommende Gruß *Heil Dollfuß* seinem Vorbild; nach dem Muster der NSDAP wurden laufend Versammlungen abgehalten, um die eigenen Anhänger zu mobilisieren; ein propagandistisch groß aufgemachter „Werbemonat“ sollte neue Mitglieder bringen.

Der Gesamtparteitag im Mai 1933 zeigte jedoch die tatsächliche Lage. Er konnte nur unter massivem Polizei- und Militärschutz stattfinden, da die Nationalsozialisten eine Demonstration, eine Provokation nach der anderen setzten. Die Straßen der Stadt Salzburg gehörten bereits den jugendlichen Nationalsozialisten, die mit Schmieraktionen und pausenlosen Raufereien, mit den unentwegten Rufen *Dollfuß verrecke* die Öffentlichkeit in Atem hielten und die Gummiknüppel der Polizei provozierten⁷¹.

Große Teile der Christlichsozialen hatten ihren ohnedies immer eher schmalbrüstigen Glauben an die parlamentarische Demokratie verloren. Der Parlamentarismus schien verbraucht; die Notzeit der ökonomischen Krise – lautete die weitverbreitete Meinung – erfordere eine autoritäre Regierung. Die Ausschaltung des Nationalrates im März 1933 wurde von der Salzburger Partei offiziell als Chance begrüßt, endlich „Ordnung“ zu schaffen. *Wir verlangen auch, daß die Regierung gegen den Marxismus und seine volksfremden und staatsgefährlichen Führer schärfstens vorgeht*, heißt es in einer Parteiresolution – und weiter: *Das letzte Ziel der Politik muß die Schaffung eines katholischen Staates sein*⁷². Dieser Ton war neu, denn weder der Wahlkampf von 1932 noch die Nachagitation hatte in Salzburg eine antisozialistische Stoßrichtung. Alle Propaganda war gegen den Nationalsozialismus gerichtet. Landeshauptmann Rehl versuchte in seiner etwas gewundenen Rede, den autoritären Enthusiasmus etwas abzubremsen. Auch er bekannte sich zum Dollfuß-Kurs, aber er verteidigte gleichzeitig die parlamentarische Regierungsform: er verwies auf die Folgen einer Diktatur im Deutschen Reich und meinte: *Wenn die Waffe des Parlaments vollständig fehlt, dann können auch die wirklichen Bedürfnisse nicht zur Geltung kommen*⁷³. Rehl plädierte für ein erneuertes Parlament, für eine verfassungsmäßig stärkere Stellung der Regierung – aber auch für die Beibehaltung des Parteiensystems. Dabei setzte er seine Akzente deutlich kontrastierend zu Dollfuß wie zur eigenen mittleren und unteren Funktionärschicht, die nach einem harten diktatorischen Kurs rief: nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche und Angst!

71 Ebd., 6. 5. 1933.

72 Ebd., 3. 4. 1933.

73 Ebd., vgl. *Hanisch* (wie Anm. 6), 25.

Die Etablierung der „Vaterländischen Front“ bremste den künstlichen von oben inszenierten Enthusiasmus der Christlich-sozialen Partei rasch ein. Eine lähmende Unsicherheit machte sich breit. Wird die Partei überleben? Im Herbst 1933 stand Meinung gegen Meinung. Die Flachgauer Parteiorganisation erklärte in einer Resolution lautstark: *Wir treten mit aller Entschiedenheit für den unversehrten Bestand der Christlich-sozialen Partei und aller ihrer politischen Vereinigungen, ihrer kulturellen und ständischen Organisationen ein*⁷⁴. Ebenso Parteiobmann Ramek: Für Österreich komme eine faschistische Diktatur, wie sie die Heimwehr anstrebe, nicht in Frage⁷⁵. Aber wenige Tage später legte Fürst Starhemberg im Festspielhaus ein entschiedenes Bekenntnis zur „faschistischen Ideenwelt“ ab und verkündete das baldige Ende aller politischen Parteien⁷⁶. Bis zum Februar 1934 blieb die Lage ungeklärt⁷⁷. Dann schwenkte auch die Salzburger Partei voll auf die Diktatur ein. Selbst Landeshauptmann Rehrl mußte um sein politisches Überleben kämpfen; mit Ausnahme der Heimwehr wurde er jedoch von allen christlichen Organisationen unterstützt⁷⁸. Der christlichsoziale Parteiobmann Rudolf Ramek hingegen trat völlig in den Hintergrund. Er, der gewiß kein charismatischer Politiker war, sondern ein biederer Verwalter, der im geheimen über die Entwicklung jammerte, aber nichts dagegen tat; Ramek war bei der großen vaterländischen Kundgebung, bei der das katholische Salzburg ein enthusiastisches Bekenntnis zum „neuen“, autoritären Österreich ablegte, als Redner schon nicht mehr dabei⁷⁹. Die Christlich-soziale Partei erklärte sich selbst für überlebt und verschwand!

74 Salzburger Chronik, 9. 10. 1933.

75 Ebd., 13. 10. 1933.

76 Ebd., 16. 10. 1933.

77 Vgl. Protokoll des Klubvorstandes der Christlich-sozialen Partei 1932–1934, hg. von *Walter Goldinger*, Wien 1980; *Anton Staudinger*, Christlich-soziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates“ in Österreich, in: *Vom Justizpalast zum Heldenplatz*, hg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck, Wien 1975.

78 Salzburger Chronik, 20. 2. 1934.

79 Ebd., 4. 3. 1934; über Ramek vgl.: *Isabella Ackerl*, Rudolf Ramek, in: *Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk*, hg. von Friedrich Weissensteiner und Erika Weinzierl, Wien 1983, 118–130.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitt\(h\)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde](#)

Jahr/Year: 1984

Band/Volume: [124](#)

Autor(en)/Author(s): Hanisch Ernst

Artikel/Article: [Die Christlich-soziale Partei für das Land Salzburg 1918-1934. 477-496](#)